

## **Der Stand der Dinge:**

### **1. Bebauungsplan 6 – 30 Lichterfelde-Süd vor der Entscheidung:**

Die Vorlage des Bebauungsplans an die Bezirksverordnetenversammlung ist alsbald zu erwarten. Über seine Inhalte hält sich das Bezirksamt weiterhin bedeckt. Geplant sind 2.500 Wohnungen, davon 350 Reihenhäuser und Doppelhaushälften, für insgesamt etwa 6.000 Bewohner. Wie man aus der Groth-Gruppe hört, warten vor allem institutionelle Kapitalanleger auf einen Baubeginn.

Im Ergebnis der „frühzeitigen Beteiligung“ an der Aufstellung des Bebauungsplans im Sommer 2015 sollen etwa 350 bisher an der Osdorfer Str. geplante Wohnungen zusätzlich entlang der Anhalter Bahn errichtet werden. Dort soll auch die Gebäudekulisse sehr viel dichter an die Bahnanlagen heranrücken. Als Folge müssen die Anwohner mit mehr Verkehr auf der Réaumurstr. und mit mehr Schienen- und Straßenverkehrslärm rechnen.

Westlich der Celsiustr. soll die Réaumurstr. nach Süden verschwenken. Auf der bisherigen Straßentrasse ist sechsgeschossiger und höherer Wohnungsbau vorgesehen. Dadurch würde eine dort bisher vorgesehene Durchlüftungsschneise abgeschnitten.

Besonders umstritten ist ein nach dem Motto „Lärm zu Lärm“ (so ein Bezirksamtsplaner) unmittelbar an der Anhalter Bahn geplanter Neubau einer Grundschule. Nach anfänglichem Widerspruch nur der FDP und der LINKEN sind inzwischen auch Politiker anderer Parteien nachdenklich geworden. Der Bezirkselfternausschuss forderte das Bezirksamt auf, seine Planung nochmals zu überdenken und diese durch Sachverständige begleiten zu lassen.

### **2. Verkehrsgutachten für Lichterfelde-Süd:**

Das geplante Baugebiet kann allein über die Osdorfer Str. an das öffentliche Straßennetz angeschlossen werden. Nach einer früheren Auskunft der Unteren Verkehrsbehörde sind die Osdorfer Str. wie auch der anschließende Ostpreußendamm zumindest im Berufsverkehr bis zur Belastungsgrenze „ausgereizt“.

In Steglitz-Zehlendorf kommen auf 1.000 Menschen ca. 460 Kfz. Am Stadtrand dürfte die Kfz-Dichte noch höher sein. Bei etwa 6.000 Bewohnern des geplanten neuen Stadtteils wird man mit zusätzlichem Verkehr mit 2.700 bis 3.000 Kfz. rechnen müssen.

Das Bezirksamt beauftragte schon 2015 in Abstimmung mit der Groth-Gruppe ein Verkehrsgutachten für Lichterfelde-Süd. Der Gutachter teilte wiederholt mit, zusätzlicher Verkehr sowohl aus dem neuen Stadtteil sowie aus dem Umland, insbesondere nach Inbetriebnahme des BER, sei leicht durch einige Änderungen an Ampelanlagen zu beherrschen. Das Bezirksamt aufgefordert, diese Änderungen schon jetzt umzusetzen, sieht sich nicht zuständig. Von der Verkehrslenkung Berlin hören wir aber, man habe die Vorschläge des Gutachters bereits umgesetzt, wie zu bemerken ist, ohne spürbare Auswirkungen. Die schwierige Verkehrsanbindung des geplanten neuen Stadtteils erweist sich somit immer mehr als eine Achillesferse.

### **3. Baulöwe gegen Zauneidechse, Moorfrosch, Fledermaus & Co.:**

Das geplante Baugebiet ist Lebensraum zahlreicher gesetzlich streng geschützten Arten, die weder gestört noch getötet werden dürfen. Ein Einfangen und Umsiedeln ist nur zulässig, wenn in einem neuen Lebensraum eine Erhaltung der Art sicher gestellt ist. Ein gesetzlicher Schutz dieser Lebensarten ist nur von Wert, wenn er von den Naturschutzbehörden und Naturschutzverbänden überwacht wird.

Im geplanten Baugebiet ist die Groth-Gruppe ohne erkennbare rechtliche Grundlage dabei, zum Nachteil von Zauneidechse, Moorfrosch, Fledermaus & Co. Tatsachen zu schaffen. Blütenpflanzen wurden mit Ziegen abgefressen und damit Insekten, eine Nahrungsgrundlage von Zauneidechsen, minimiert. Ein Halle, unter deren Dach sich ein Fledermausquartier befunden haben soll, wurde abgerissen. Ein auf einem bisherigen Gewerbegrundstück angelegter Teich mit Kröten- und Froschbesatz, ist verschwunden. Widerspruch z. B. seitens der Naturschutzbehörden wurde nicht laut.

Die Zauneidechsen will Frau Bezirksbürgermeisterin Richter-Kotowski lt. Tagesspiegel Leute-Steglitz-Zehlendorf in einen „Eidechsenzoo“ umsiedeln. Darüber hinaus gibt es Pläne, im Baugebiet bedrohte gesetzlich geschützte Arten auf eine Fläche im angrenzenden Brandenburg zu verbringen, auf der seit vielen Jahren Mais wächst. Der Boden dieser Fläche ist hoch mit Schadstoffen belastet: Keine gute Zukunftsprognose für Zauneidechse, Moorfrosch, Fledermaus & Co.

#### **4. Als die Weihnachtskerzen brannten, gingen die Lichter aus:**

Entlang Rëaumurstr./Landweg, Osdorfer Str. saßen einmal 23 Betriebe mit etwa 200 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Frühere Absichtserklärungen, Umsetzungen im Planungsgebiet zu prüfen, erwiesen sich als nicht belastbar. Die letzten noch vorhandenen Betriebe wurden zum Ende letzten Jahres gekündigt. In Einzelfällen gibt es Streit, wer die Kosten eines Abrisses von Gebäuden zu tragen habe.

Sechs Betriebe fanden in Berlin einen neuen Standort. Zehn Betriebe sind nach Brandenburg umgezogen oder sondieren dort noch. Sieben Betriebe mussten aufgeben. Geblieben ist viel Groll über fehlende Unterstützung seitens des Bezirksamtes.

#### **5. Denkmalbehörden forschen in Lichterfelde-Süd:**

Am Landweg/Ecke Osdorfer Str. befand sich im II. Weltkrieg das Kriegsgefangenenlager Stalag III D, über das Kriegsgefangene an nachgeordnete Lager in der Region verteilt wurden. Rund um den S-Bahnhof Lichterfelde-Süd unterhielt die Reichsbahn damals mehrere Lager mit Zwangsarbeitern. Fast alle oberirdischen Relikte aus dieser Zeit sind von der Groth-Gruppe beseitigt worden. Das Bezirksamt erließ erst dann eine Abrissverbotsverfügung, als es fast zu spät war. Die Forschungsergebnisse der Denkmalbehörden bleiben abzuwarten. Da Lichterfelde-Süd ein weitgehend vergessener geschichtsträchtiger Ort ist, bleibt ein würdiges Erinnern eine nachwirkende Aufgabe.

#### **6. Die Spur der Scheine:**

Der Untersuchungsausschuss zum Bankenskandal deckte auf, dass die Groths schon damals politischen und anderen Entscheidern gern auch finanziell behilflich gewesen sind. Wie die Berliner Zeitung am 20. Mai 2016 berichtete, nahmen neben SPD und CDU auch DIE

GRÜNEN gern Geld von der Groth-Gruppe. Eine Schatzmeisterin der SPD, die sich geweigert hatte, Geld anzunehmen, musste danach gehen.

Lt. Abgeordnetenwatch ging bei der Bundes-CDU am 13. September 2017 eine Parteispende von Herrn Klaus Groth in Höhe von 100.000 Euro ein.

In Steglitz-Zehlendorf berichtet die Buschtrommel, die Kreisverbände von CDU und SPD bzw. Mandatsträger dieser Parteien seien mit Geldzuwendungen der Groth-Gruppe bedacht worden. Die SPD, hört man, habe eine Spende aber zurück gewiesen.

Die Spur der Scheine soll auch andere Entscheidungsträger und Meinungsbildner in Lichterfelde locken, die aus den verschiedensten Gründen finanziell klamm sind.

Wenn Sie spenden wollen, unterstützen Sie den Aktionsbündnis-Rechtshilfefonds, damit wir – in Abstimmung mit Ihnen - erforderlichenfalls gegen unzumutbare Festsetzungen des Bebauungsplans 6 – 30 den Rechtsweg beschreiten können.

Gerhard Niebergall